

Guten Tag,

ich habe am heutigen Tag die Ehre für die Saarländische Armutskonferenz sprechen zu dürfen.

Ich fand meinen Weg zur saarländischen Armutskonferenz über meinen Beruf als Pflegedienstleiter in einer Pflegeeinrichtung. Dort begegnete mir in meiner täglichen Arbeit eine versteckte Armut. Ich musste feststellen, dass die heutigen Renten nicht mehr ausreichen, einen Platz in einer Pflegeeinrichtung zu bezahlen. Die Menschen müssen somit an die Sozialkassen herantreten, damit die Kosten übernommen werden.

Es machte mich dahingehend nachdenklich, dass gesagt wird, dass sich Arbeit und somit das Schaffen von Werten lohnt. Dies war vielleicht früher so. Man ging arbeiten, baute ein Haus und konnte seinen Kindern und Enkels etwas hinterlassen. Heute werden die Werte im Alter und durch eine mögliche Pflegebedürftigkeit aufgebraucht.

Auch ich werde bei einer möglichen Pflegebedürftigkeit im Alter auf Sozialleistungen angewiesen sein. Über die Gedanken der Altersarmut und dass hiervon im Grunde alle normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betroffen sind, fing ich an mich mit dem Thema Armut zu beschäftigen.

Meine bisherigen Berührungspunkte mit dem Thema Armut und Bürgergeld waren im Grund durch die Medien in Form von Nachrichten und gewissen Realitysendungen. Gerade in den Nachrichten wurden gerade in Bezug auf den Bundeshaushalt immer wieder das Bürgergeld und die Bürgergeldempfänger in den Fokus genommen, wenn es darum ging, dass der Bund zu viele Ausgaben habe. Gerade hier sahen die politisch Verantwortlichen wohl die Lösung ihrer Finanzprobleme.

Hier stellt sich für mich die Frage:

„Wie können die wenigen Bürgergeldempfänger (5,5 Mil. Menschen) eine der größten Wirtschaftsnationen der Welt an den Rand des Ruins bringen?“

Zum Stichtag 01. August letzten Jahres erhielten 5,5 Mio. Menschen in Deutschland Bürgergeld. Hiervon waren 1,5 Mio. Kinder unter 15 Jahren. Von den restlichen 4 Mio. standen dem Arbeitsmarkt 40 % uneingeschränkt zur Verfügung.

Also 2 Mio. Menschen, die arbeiten könnten und sicherlich auch wollen stehen in der Diskussion, wenn ein Milliardenhaushalt, einer der größten Wirtschaftsnationen der Welt im Bundestag zur Debatte steht.

Hierbei geht die Bundesregierung davon aus, dass die Sanktionen gegen Totverweigerer ein Einsparpotenzial von 170 Mio. Euro bringen würde. Das Erreichen dieser Summe wird z. B. von Marcel Fratzscher – Präsident des Deutschen Institutes für

Wirtschaftsforschung nicht nur in Frage gestellt, sondern er geht von einer weit geringeren Summe aus.

Zum Vergleich: die Kosten für den deutschen Bundestag sind von 2020 zu 2023 um 129.277.000 Euro gestiegen. Kein anderes Land mit einem demokratisch gewählten Parlament auf dieser Welt hat ein so großes Parlament, wie Deutschland.

Hier - also im Bundestag - wird aber nicht über Sanktionen bei Arbeitsverweigerung oder Minderleistung nachgedacht. Sicher aus der Überlegung heraus, dass dann eine Menge Abgeordneter Bürgergeld beantragen müssten.

20 % der oben erwähnten 4 Mio. Bürgergeldempfänger sind erwerbstätig. Sie gehen arbeiten und können dennoch nicht davon leben, ohne Sozialleistungen zu erhalten. Dies zeigt klar, dass in Bezug auf einen höheren Mindestlohn der Staat gefordert ist einzugreifen. Die Politik kann doch nicht sagen, dass sich Arbeit lohnt, aber durch ihre Politik 1 Mio. Menschen in diesem Land nicht durch ihrer Hände Arbeit leben können.

Doch die politischen Verantwortlichen in Berlin schleppen die Bürgergeldempfänger auf den Marktplatz der Nation und brandmarken sie als Brunnenvergifter. Sie sind das Übel, warum es unserem Land so schlecht geht.

Die Sozialpolitik erinnert mich immer mehr an viele Straßen in meinem Wohnort. Überall sind kleine Nachbesserungen zu sehen. Die asphaltierte Straße ist hierdurch schlimmer zu befahren, als so mancher Feld- bzw. Waldweg. Genauso empfinde ich die Sozialgesetzgebung... ein Flickenteppich. Es bedarf einer grundlegenden Reform aller Sozialgesetzbücher und hierdurch auch eine bessere Vernetzung der Themen Soziales, Arbeit, Gesundheit und Pflege. Auch dahingehend, dass sich es auch wieder lohnt sich Werte zu erarbeiten, welche ich meinen Nachkommen hinterlassen kann.

Die Politik bezieht sich seit geraumer Zeitpunkt in ihrer Argumentation auf die zukünftigen Generationen und dass wir diesen keine Schulden hinterlassen dürfen. Hier stellt sich die Frage, welche Schuld wir hinterlassen, wenn wir die (Stand August 2023) 1,5 Mio. Bürgergeldempfänger unter 15 Jahre, nicht finanziell so ausstatten, dass sie ohne Existenzsorgen ihren Schulabschluss machen können. Wenn sie nicht ohne Existenzsorgen eine Ausbildung machen können.

Wir hinterlassen den zukünftigen Generationen hierdurch eine viele größere Schuld. Denn diese 1,5 Mio. stehen dann unter Umständen nicht als Fachkräfte dem Arbeitsmarkt zur Verfügung und somit als Steuer- und Sozialversicherungszahler. Weiterhin fehlen sie dann der Wirtschaft über das Decken der Grundversorgung heraus als Konsumenten. Gerade hier sehe ich im Bürgergeld auch eine Form der Wirtschaft Subvention.

Die Bürgergeldempfänger werden von den Spitzenpolitiker auf dem Altar schlechter Sozial-, aber auch Arbeits- und Wirtschaftspolitik geopfert. An ihnen statuieren sie ein Exempel und zeigen der BürgerInnen, dass sie durchgreifen und Dingen in die Hand

nehmen. Es hat so etwas von einer Schulhofmentalität. Die angeblich Starken profilieren sich, in dem sie auf die Schwachen einschlagen.

Statt ihre Energie darauf zu verwenden den Dialog zu suchen und Lösungen zu erarbeiten, diese Menschen zurück in die Mitte der Gesellschaft zu bringen, wird einfach nur die Sanktionskeule ausgepackt.

Die FDP spricht auf ihrer Website von „Respekt gegenüber dem Steuerzahler“ gerade im Zusammenhang mit Sozialleistungen und speziell den Bürgergeldempfänger also den Brunnenvergifter. Sie fordert die reformwilligen Parteien auf, an die Steuerzahler zu denken und da diese Steuern halt bezahlen.

Weiterhin spricht sie im Mai 2023 klar davon, dass Deutschland kein Einnahmenproblem, sondern einem Ausgabenproblem habe. Ich sehe aber ein Einnahmenproblem. Während im politischen Berlin auf den geschätzten 170 Millionen Euro in Bezug auf die Totalverweigerer medial rumgeritten wird, sieht man gerade am Beispiel des CUM-Ex-Skandal die Respektlosigkeit der Regierung und dem Finanzministerium gegenüber dem Steuerzahler.

Bei dem CUM-Ex-Skandal wird von geschätzten 12 Milliarden Euro gesprochen. Sicher liegt die Klärung zurzeit bei der Justiz und den entsprechenden Justizministerien auf Landes- und Bundesebenen.

Aber seit bereits 12 Jahren wird in Bezug um den CUM-Ex-Skandal ermittelt, aber bisher kam es nur zu kleinen Teilerfolgen. Wo ist hier der Respekt gegenüber den Steuerzahlern.

Hier bleibt doch zu hinterfragen, wie so etwas überhaupt passieren konnte. Die Beantwortung dieser Frage liegt klar beim Finanzministerium. Weiterhin sollte doch auch das Finanzministerium hier im Nachgang aktiver sich beteiligen, die zwölf Milliarden wieder reinzuholen. Heute Morgen war ich noch auf der Website des Bundesfinanzministeriums und habe zu Beiträgen des Ministeriums in Bezug auf Cum-Ex gesucht. Fehlanzeige. Keine Information, wie man zukünftig so etwas verhindern möchte.

Statt also dafür zu sorgen, dass die uns zustehenden Steuereinnahmen auch reinkommen, ist eine Spitzenbeamtin des Bundesfinanzministeriums lieber auf einem exklusiven Event für Superreiche und gibt diesen Tipps, wie man noch Steuern sparen kann.

Hier ist doch ein starkes Missverhältnis offensichtlich und zeigt wieder einmal, dass man die großen Fische zu Lasten der Ärmsten im Land in Ruhe lässt.

Abschließend möchte ich noch anmerken, da dies Sanktionen gegen Bürgergeldempfänger sowie die immer wiederkehrende Debatte um die Bürgergeldempfänger nur einer von vielen kleinen Schritten ist, um den Sozialstaat

abzubauen. Bereits jetzt plant die CDU die Erhöhung des Rentenalters und dies ist nur der Anfang vom Ende.

Daher ist es wichtig, dass wir – die normalen Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellte Innen dafür kämpfen den Sozialstaat zu erhalten und die weniger Privilegierten in unsere Mitte zurückholen. Wir die saarländische Armutskonferenz lädt daher ein, im Dialog zu bleiben. Miteinander zu reden sollte das Gebot der Stunde sein.